



Petition 68847

Strafrecht - Persönliche Haftung für Fehlentscheidungen der Politiker im Hinblick auf Steuerverschwendungen

Text der Petition

Mit der Petition wird gefordert, dass Steuerverschwendungen unter Mithaftung der verantwortlichen Politiker ermöglicht wird. Politiker, die ohne ausreichende Prüfung eines Projekts Steuergelder freigeben, ohne genau zu prüfen, ob es relevant ist oder nicht, sollten bis zu einer Summe von mindestens 250.000 Euro in die Pflicht genommen werden.

Begründung

Ein kleines Beispiel:

Ein Beispiel wie viele Brücken stehen in der Landschaft und Straßen wurden nie gebaut, Gebäude stehen leer da Räumlichkeiten angeblich zu klein. Und etliches mehr was hier auf zu zählen wäre.

Wenn die Herren Politiker wissen das sie in die Pflicht genommen werden wenn etwas nicht passt und dadurch Steuer Gelder verschwendet werden, planen sie mit Sicherheit etwas genauer. Des weiteren kann so auch die sogenannte Vettner Wirtschaft etwas bis ganz verhindert werden. Vieles wird zu schnell entschieden, Richtige und wichtige Untersuchungen werden nicht gemacht. Politiker und Unternehmer, die sich privat und in den gleichen freizeitlichen Einrichtungen treffen, fällen sehr schnelle Entscheidungen für eben diese Unternehmen. Bei Ausschreibungen werden diese bevorzugt und eingesetzt. Dieses kenne ich aus persönlichen Erfahrungen und braucht somit nicht bestritten werden. In dieser Hinsicht sind alle Menschen gleich und die Aussage, wir machen das nicht, kann man keinen Cent setzen, denn keiner wird dieses je zugeben.

Nach meiner Meinung könnte man bei einer beschränkten Haftung einiges an Steuer Gelder sparen. Die Schuld muss natürlich nachgewiesen werden von einer unabhängigen Kommission. Ist die Schuld bewiesen, tritt die Haftung in Kraft. Natürlich darf es keine Möglichkeit geben sich dagegen zu versichern, da sonst die Wirkung verloren ginge.

Ich weiß, dass diese Petition keinen Bestand haben wird, da sich die Politiker mit Sicherheit nicht ins eigene Fleisch schneiden werden. Doch zur Glaubwürdigkeit ihrer Politik würde es enorm beitragen. Ein jeder Arbeitnehmer haftet bei grob fahrlässigen Verhalten für sein Handeln, ihm wird auch kein Schutz (Immunität) für sein handeln gewährt. Im Grundgesetz steht geschrieben, vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Sollte es nicht auch für unsere Politiker gelten? Oder sind es keine Menschen?

Es wäre ein leichtes, die Glaubwürdigkeit der Politiker so um einiges zu steigern und die Steuer Verschwendungen um einiges zu verringern.

Es wäre ein Zeichen an die Wähler das es noch ehrliche Politik gibt und Wort ein Wort ist.